

Gewerkschaften fürchten Lohndumping durch Ost-Arbeiter

Kurz vor der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus acht ost- und mitteleuropäischen EU-Staaten haben die Gewerkschaften vor Lohndumping gewarnt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die IG Metall kritisierten, Deutschland sei schlecht vorbereitet. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) nannte die ab Sonntag geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit eine "Chance für Deutschland".

Ab Sonntag haben nach Ende einer Übergangszeit nun auch Arbeitnehmer aus Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, der Slowakei sowie aus den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Sie brauchen keine Arbeitsgenehmigung mehr, um in Deutschland arbeiten zu können.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach warf der Bundesregierung vor, im Vorfeld der Öffnung ihre Hausaufgaben nicht gemacht zu haben. "Sie hätte die Übergangsfristen nutzen müssen, um klare Regelungen zum Schutz vor Lohndumping und ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnissen zu treffen", sagte Buntenbach dem "Westfalen-Blatt" vom Samstag. "Das hätte den Beschäftigten hier geholfen und denjenigen, die zu uns kommen." Sie forderte in diesem Zusammenhang einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro.

Der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, warnte vor einer Zunahme von Niedriglöhnen. "Wir befürchten, dass es zunehmend Lohndumping in der Leiharbeit geben wird", sagte Wetzel der WAZ-Mediengruppe vom Samstag. Deutschland sei schlecht auf die Öffnung des Arbeitsmarktes nach Osteuropa vorbereitet. So gebe es zwar Mindestlöhne in der Bauindustrie, die Regeln müssten aber besser eingehalten werden.

Auch die Grünen kritisierten die Bundesregierung. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit sei "eine Selbstverständlichkeit und eine Chance, aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen", erklärte die Grünen-Sprecherin für Arbeitnehmerrechte, Beate Müller-Gemmeke. Genau diese habe die Bundesregierung aber nicht geschaffen. Sie müsse bei branchenspezifischen Mindestlöhnen und beim gesetzlichen Mindestlohn ihren Fuß von der Bremse nehmen.

Brüderle zeigte sich überzeugt, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit Deutschland Chancen eröffne. Schon jetzt hätten viele Branchen mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen. Deutschland brauche auch "Zuwanderung in Qualität aus dem Ausland". Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) sagte der "Leipziger Volkszeitung" mit Blick auf die Debatte um Lohndumping, inzwischen seien in vielen Branchen Lohnuntergrenzen ermöglicht worden. "So haben wir Lohndumping und einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten deutscher Arbeitnehmer einen Riegel vorgeschoben.

(AFP)